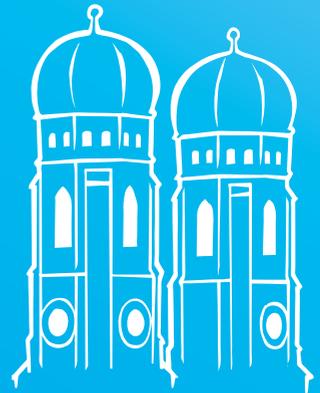


HEIMAT MÜNCHEN

BÜRGERLICH.SICHER.BEZAHLBAR

AfD
München



Kommunalpolitisches Programm 2020
der AfD in München

Präambel	5
1 Heimat München	6
1.1 Wohnraum und Stadtentwicklung	7
1.2 Sicherheit geht vor	8
1.3 Migration und Integration	10
2 INFRASTRUKTUR UND VERSORGUNG	12
2.1 Verkehr ohne Dauerstau	13
2.2 Infrastruktur ausbauen	13
Autoverkehr	13
Fahrradverkehr	15
Bahn und Bus	15
Flugverkehr	16
Car-Sharing	16
Schallschutz	16
E-Scooter	16
2.3 Kommunale Versorgung und Entsorgung	17
Sichere und bezahlbare kommunale Versorgung für München	17
Niedrigere Kosten für die Bürger statt intransparent verwendeter Gewinne	17
Geothermie	17
Engagement in Windparks	17
Müllverbrennungsanlage Nord	17
Gelbe Säcke und Gelbe Tonnen auch für München	17
3 Wirtschaft in München	18
3.1 Vorrang für die heimische Wirtschaft	19
3.2 Deindustrialisierung stoppen	19
3.3 Tourismus qualitativ ausbauen	20
3.4 Attraktivität des Wirtschaftsstandortes erhöhen	20
Unternehmen in der Metropolregion halten	20
Unternehmensgründer unterstützen – Potenziale gewinnen	20
Vergaberecht vereinfachen	21
4 Kultur in München	22
4.1 Für eine nachhaltige Kulturpolitik	23
4.2 Aktive Nachmittagsbetreuung	23
4.3 Für eine lebendige Vereinslandschaft	24
4.4 Übungsräume und Ateliers für Musiker und Künstler	24
4.5 Für eine ideologiefreie Kulturförderung	24
4.6 Für ein genderfreies München	25
4.7 Für ein München ohne Parallelgesellschaften	25
4.8 Für den Schutz jüdischer Kultur in München	26
4.9 Für ein München mit Geschichte	26

4.10	Für den Erhalt des traditionellen Stadtbildes	26
------	---	----

5 | Leben in München **28**

5.1	Familie und Soziales	29
	Frühkindliche Betreuung familiennah und kostengünstig anbieten	29
	Qualität in Kindertagesstätten verbessern	29
	Unterstützung der Tagesmutterbetreuung statt bedingungsloser Kita-Ausbau	29
	Mehr Spiel- und Freiflächen für Kinder	29
	Schulkinder in Bildung und Freizeit fördern	29
	Informationskompetenz fördern	29
	Schulische Infrastruktur erhalten und ausbauen	30
	Meinungsvielfalt an Schulen	30
	Erziehung zur Eigenverantwortung bei Heimatkunde und Naturschutz	30
	Nachbarschaftshilfe fördern	30
	Gesundheit fördern	30
	Kinder brauchen Bewegung...	30
	...Erwachsene, insbesondere Senioren, aber auch!	31
	Ernährung als Grundlage für ein gesundes Leben	31
5.2	Gesundheitsversorgung ausbauen	32
	Wohnortnahe und verbesserte gesundheitliche Grundversorgung	32
	Stationäre Versorgung	32
	Notfallversorgung	32
5.3	Wohnen und Nachbarschaft	32
	Leerstehende Asylunterkünfte nutzen	32
	Bevorzugte Vergabe von Wohnungen nach sozialen Kriterien	32
	Keine Benachteiligung von Einheimischen bei der Vergabe von Wohnungen	33
	Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen	33
	Miteinander statt nebeneinander leben	33
5.4	Senioren und Behinderte	33

6 | Zukunftsfähiges München **36**

6.1	Demokratie und Freiheit	37
	Mitreden leichter machen	37
	Uneingeschränkte Meinungs- und Versammlungsfreiheit gemäß Grundgesetz	37
6.2	Digitalisierung ausbauen	38
	Infrastruktur verbessern	38
	Dienstleistungen optimieren	39
	Digitalisierung für Demokratie und Bürgerrechte	39
6.3	Städtische Finanzen transparent machen	40

7 | Naturverbundenes München **42**

7.1	Umwelt lebenswert gestalten	43
7.2	Tierschutz und Haustierhaltung	43
7.3	Müllvermeidung	44
7.4	Regionale Förderung der Landwirtschaft	44



Herausgeber / V.i.S.d.P.:
Alternative für Deutschland
Landesverband Bayern
c/o München
Rosenheimer Landstr. 129
85521 Ottobrunn

Telefon : 089 - 30 64 75 68
geschaeftsstelle@afdbayern.de
www.afdbayern.de

Dezember 2019

Präambel

Millionen Wähler haben innerhalb weniger Jahre dafür gesorgt, dass die AfD vor allem im Bundestag wie auch in sämtlichen Landtagen stark vertreten ist. Daher ist der Einzug von AfD-Politikern in Stadträte und Kreistage ein konsequenter und in Bayern überfälliger Schritt. Am 15. März 2020 finden hier in München nach sechs langen und ereignisreichen Jahren wieder Kommunalwahlen statt. Die AfD will diese Chance nutzen, um eine bürgerlich-wertkonservative und vernunftorientierte Politik in die Kommunalparlamente zu tragen.

Gerade die Landeshauptstadt München darf nicht einer politischen Konkurrenz überlassen werden, die aus der beschaulichen und lebenswerten Großstadt immer mehr eine linksgrüne Ökotopia-Traumwelt machen will. Keine der Altparteien tritt diesem ideologischen Trend ernsthaft entgegen. Die AfD setzt sich für mehr gelebte Demokratie und freie Debattenkultur zwischen allen Bürgern, Parteien und Gruppierungen ein. Politisch Andersdenkende dürfen weder ausgegrenzt werden, noch darf man sie an der Anmietung von Versammlungsräumen hindern oder bei Kundgebungen aggressiv stören. Die AfD möchte Bürger mehr miteinander und mit örtlichen Politikern ins Gespräch bringen. Stadträte der AfD werden über ihre Tätigkeit und das Abstimmungsverhalten jederzeit allen interessierten Bürgern transparent Rechenschaft ablegen.

Beschluss des Münchner Kommunalpolitischen Parteitags vom 15.12.2020

KAPITEL 1

Heimat München



Bis zum Jahr 2040 sollen laut Demografiebericht rund 1,85 Millionen Einwohner in München leben. Das bedeutet ein Bevölkerungswachstum von fast 20 Prozent, verglichen mit der heutigen Einwohnerzahl von rund 1,6 Millionen Menschen.

Gleichzeitig wird durch Bauboom und Zuwanderung das Heimatgefühl vieler Bürger stark beeinträchtigt. Das alles sind enorme Herausforderungen für Stadtplanung, Wohnungsbau und Sicherheit in solch einer Metropole, die viele neue kommunalpolitische Diskussionen und Entscheidungen erfordern. Hier wird sich die AfD mit ihren Grundsatzpositionen und diesem Wahlprogramm engagiert einbringen.

1.1 Wohnraum und Stadtentwicklung

Hauptursache der akuten Wohnungsknappheit sind hohe Zuzugszahlen nach München, denen kein adäquates Wohnraumangebot zu bezahlbaren Preisen gegenübersteht. Gerade die Ansiedlung großer Unternehmen in München führt dazu, dass die Wohnungssuche für deren Mitarbeiter immer schwieriger wird. Sinnvoller wäre eine gleichmäßige Verteilung der Firmen-Ansiedlungen über ganz Bayern. Hier haben die bayerische Staatsregierung und der Münchner Stadtrat das politische Ziel der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land aus den Augen verloren. Erhöht wurde der Zuzug infolge der großen Finanzkrise von 2008, nach der viele EU-Bürger die Möglichkeiten der Niederlassungsfreiheit nutzten und nun hier arbeiten. Außerdem leben viele legal oder illegal eingereiste Asylbewerber und Migranten in der Stadt, was den Wohnungsnotstand zusätzlich verschärft.

In München übersteigt der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen das Angebot seit Jahren bei Weitem. Es ist ein Rückgang der Förderung von Wohneigentum sowie eine häufige Fehlbelegung von Sozialwohnungen zu beklagen. Zu hohe bürokratische Hürden und ausufernde Bauvorschriften bremsen einen raschen Wohnungsneubau. Statt der auf kurzfristigen Gewinn ausgerichteten Veräußerung von öffentlich gefördertem Wohnraum muss sozialer und genossenschaftlicher Wohnungsbau wieder stärker vorangebracht werden. Wir fordern, dass ab sofort keine sozialgebundenen Wohnungen mehr verkauft werden.

Öffentlicher Baugrund in der Stadt darf nur für sozialverträglichen Wohnungsbau, etwa über das Modell des Erbbaurechts, vergeben werden. Werkswohnungsbau ist steuerlich und finanziell wiederzubeleben und zu fördern. Zudem kann eine Förderung von Studentenwohnheimen zur Entlastung des privaten und sozialen Wohnungsmarkts beitragen.

Die Vergabe von sozial gefördertem Wohnraum muss in der Reihenfolge der Antragsstellung und Dringlichkeit erfolgen, ohne dass deutsche Interessenten gegenüber Zuwanderern benachteiligt werden. Bei städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen (SEM) soll vorrangig das Einheimischen-Modell zur Anwendung kommen. Für SEM-Projekte fordert die AfD außerdem intensive Bürgerbeteiligung in den betroffenen Stadtteilen.

Die AfD setzt sich mit Nachdruck für die Erhöhung der Eigentumsquote ein. Es muss vor allem jungen Familien ermöglicht werden, Wohneigentum zu erwerben.

Bei Neubauten, die durch ihre Lage oder Größe ein architektonisches Ensemble von kunsthistorischem oder stadtgeschichtlichem Wert beeinträchtigen können, ist besonders auf eine anspruchsvolle Gestaltung der Fassaden und Außenbereiche zu achten. Die Gestaltung soll in erster Linie dem ästhetischen Erscheinungsbild dienen und nicht als reiner Zweckbau einer Renditemaximierung untergeordnet werden. Neubauten sollen mit der Umgebung harmonisieren, Akzente setzen und das Stadtbild aufwerten.

1.2 Sicherheit geht vor

Die Lebensqualität einer Großstadt wird wesentlich geprägt von der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Die kommunale Sicherheitspolitik muss darauf ausgerichtet sein, allen Bürgern dieser Stadt jederzeit die ungefährdete Teilhabe am öffentlichen Leben zu ermöglichen. Die AfD ist getragen von dem Leitgedanken einer ausgewogenen Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention und effektiver Strafverfolgung auf der einen Seite und der Gewährleistung der bürgerlichen Freiheitsrechte auf der anderen Seite.

Obwohl mit der Bevölkerungszahl auch die Kriminalitätsrate in München stetig angestiegen ist, hat sich die Anzahl der Polizeibeamten von 6.231 im Jahr 2013 auf 5.795 Ende 2017 verringert. Besonders ausländische Tatverdächtige haben in München die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Sie waren 2018 bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung mit 56,2 Prozent, Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit mit 52,3 Prozent, Diebstahl mit 54,7 Prozent und insbesondere beim Taschendiebstahl zu 79,7 Prozent beteiligt (Statistisches Jahrbuch 2018, S. 314 f.).

Wir fordern konsequentes Vorgehen gegen Links- und Rechtsextremismus sowie islamistischen Extremismus. Ebenso fordern wir konsequentes Einschreiten gegen jegliche Form ethnisch motivierter Gewalt. Wir wenden uns gegen falsch ver-

standene Toleranz gegenüber jeder Art von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sowie gegen die Verharmlosung jeglicher Drogen.

Wir setzen uns für eine Erhöhung der Anzahl von Polizeibeamten sowie für eine bessere materielle Ausstattung von Polizei und Feuerwehr ein. Wir setzen uns ein für die Sicherstellung eines hohen technischen Standards in der Ausrüstung der Feuerwehren (Berufsfeuerwehr und freiwillige Feuerwehr).

Wir fordern den verstärkten Einsatz von Videoüberwachung im öffentlichen Raum zur Verbrechensprävention und Aufklärung. An Brennpunkten soll die Polizei Echtzeitzugriff auf Überwachungskameras haben. Videoaufzeichnungen dürfen nur verschlüsselt gespeichert und übertragen werden und müssen nach angemessener Zeit gelöscht werden, es sein denn, es ergeben sich Hinweise auf strafbare Handlungen.

Wir fordern zusätzliche Polizeiinspektionen in Problembezirken, die auch in der Nacht ausreichend besetzt sein müssen, um Ruhestörungen und Gewalt unterbinden zu können. Die Polizei muss sichtbar präsent sein, je nach Situation auch als Fußstreife oder mit dem Fahrrad. Die Bayerische Sicherheitswacht soll personell weiter ausgebaut und vermehrt beworben werden. Eine entsprechende ehrenamtliche Tätigkeit der Bürger ist zu fördern. An Brennpunkten muss die Polizeipräsenz notfalls durch städtische Ordnungs- und Sicherheitsdienste ergänzt werden. Feuerwehr und Rettungsdienste müssen im Einsatz besser vor Übergriffen geschützt werden.

Durch Politik, Medien und die Polizeiführung darf es nicht zu einer vorschnellen Kriminalisierung von Polizeibeamten kommen. Berechtigt konsequent einschreitenden Polizeibeamten ist der Rücken zu stärken.

Die Lebensqualität der Münchner muss vor allem im öffentlichen Raum, der speziell der Erholung dient, entsprechend sichergestellt sein. In den Parks und Schwimmbädern muss sich jeder, vor allem Mädchen und Frauen, zu jeder Tageszeit gefahrlos bewegen können. Übergriffe durch Einzeltäter oder Jugendbanden, die sogar zur vorübergehenden Schließung von Freibädern geführt haben, müssen strikt unterbunden werden.

In den letzten Jahren ist die Anzahl der Wohnungseinbrüche in München massiv angestiegen. Wir fordern ein Gegensteuern durch verstärkte Polizeipräsenz in den betroffenen Stadtgebieten.

Außerdem fühlen sich Münchner in einigen Stadtbereichen durch illegale Autorennen, rücksichtslose Hochzeitskorsos und verkehrswidrig parkende Lieferfahrzeuge gefährdet und beeinträchtigt. Auch hier muss die Polizei entsprechend einschreiten.

Gegen Personen, die durch aggressives Betteln ihre Mitmenschen belästigen oder Alkohol- und Drogenmissbrauch betreiben, soll konsequent vorgegangen werden.

Wir verlangen, die Verursacher von Verschmutzung oder Beschädigungen an öffentlichem oder privatem Eigentum entsprechend zu belangen. Die Schadensbeseitigung (z.B. Graffiti) soll – wann immer möglich – durch eigene Arbeitsleistung plus Kostenerstattung erfolgen.

1.3 Migration und Integration

München hat einen ungewöhnlich hohen Anteil an Ausländern mit und ohne deutschen Pass, mit denen ein friedliches Zusammenleben überwiegend gelingt. Schwierigkeiten bereiten hingegen die nicht integrierten Muslime mit ihrem Kultur- und Rechtsverständnis gemäß der Scharia. Der orthodoxe Islam auf der Basis von Koran und Sunna steht der gewünschten Integration von Muslimen entgegen.

Die AfD achtet uneingeschränkt die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Die Ausübung der Religionsfreiheit findet jedoch ihre Schranken in unserer Rechtsordnung. Ein gedeihliches Zusammenleben auch mit Muslimen ist in unserer Stadt nur möglich, wenn diese zur Integration bereit sind.

München bietet Muslimen – ob eingebürgert oder als Migrant mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht – Sicherheit, berufliche Chancen, vielfältige Sozialleistungen und kulturelle Partizipation. Sie sind daher wie jeder andere Einwohner verpflichtet, Regeln einzuhalten. Dazu gehört das Akzeptieren unserer Gesetze, unserer Kultur, Sitten und Gebräuche.

Integration ist in erster Linie eine Bringschuld. Migranten mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht sollen die deutsche Sprache in Wort und Schrift erlernen, eine berufliche Qualifikation erwerben und für den eigenen Lebensunterhalt arbeiten. Wer diese Bringschuld erfüllt, ist ein geschätztes Mitglied unserer Stadtgesellschaft.

Wege der Integration:

- Zuwanderer sind über unsere Werte und Gesetze, Kultur und Traditionen aufzuklären.
- Die bayerische Kultur ist in München selbstbewusst zu pflegen und zu fördern. In öffentlichen Einrichtungen dürfen traditionelle Gerichte nicht vom Speiseplan gestrichen werden. Christliche Feste und Feiertage müssen weiterhin als solche bezeichnet werden.

- Integrationswillige Zuwanderer sind zu fördern und zu unterstützen, während jede kommunale Kooperation mit verfassungsfeindlichen Verbänden zu beenden ist.
- Parallelgesellschaften müssen in unserer Stadt verhindert und aufgelöst werden.
- Verfassungsfeindlichen Vereinen soll der Bau und Betrieb von Moscheen untersagt werden. Moscheen sollen nicht vom islamischen Ausland finanziert werden. Radikale Imame sind entsprechend der Gesetzeslage auszuweisen.
- Muslimische Massenveranstaltungen auf öffentlichen Plätzen, Straßen oder in Parks für Freitagsgebete und das Fastenbrechen sollen als eine Form islamischer Machtdemonstration nicht gestattet werden.
- Die Integrationsbemühungen der Stadt sollen vorrangig den Interessen der Stadtgesellschaft dienen. Wer die Teilnahme an Integrationsmaßnahmen verweigert oder mutwillig abbricht, muss mit Sanktionen rechnen.
- Die Integrationsbemühungen der Stadt sind auf ihre Wirksamkeit hin regelmäßig zu überprüfen.

KAPITEL 2

INFRASTRUKTUR UND VERSORGUNG



2.1 Verkehr ohne Dauerstau

Alle Verkehrsteilnehmer sollen gleichberechtigt behandelt werden. Jedes Verkehrsmittel hat seine Stärken und Schwächen und muss im gesamten Stadtgebiet wie auch im Umland in ein sinnvolles Gesamtkonzept eingebunden werden. Die „links-grün“ geführten Stadtregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben das Automobil stigmatisiert und damit erhebliche Verkehrsprobleme in der Stadt und im Umland Münchens erzeugt, die dringend einer Korrektur bedürfen.

München wächst stark. Die Bevölkerungszahl hat 1,5 Millionen längst überschritten. Die Münchner Infrastruktur muss mitwachsen, damit es nicht zum Kollaps kommt. Das gilt sowohl für den Straßenverkehr als auch für den öffentlichen Nahverkehr und den Radverkehr. Das gesamte Verkehrsnetz der Stadt München hat seine Kapazitätsgrenze längst überschritten. Nur in Ferienzeiten, wenn viele Münchner im Urlaub sind, funktioniert es noch im Normalbereich.

Allein über 700.000 PKW sind für private und gewerbliche Nutzung in München zugelassen. Hinzu kommen noch Touristen und Pendler, die sich jeden Tag in München aufhalten.

Wir lehnen Fahrverbote für den Individualverkehr als unverhältnismäßig ab.

2.2 Infrastruktur ausbauen

Autoverkehr:

Auch in einer Großstadt wie München, in der es einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr gibt, ist der motorisierte Straßenverkehr für Bürger und Wirtschaft heute und in Zukunft für viele Fahrten und Transporte unverzichtbar.

Das Münchner Straßennetz muss mit der Entwicklung der Stadt mitwachsen. Die AfD fordert folgende wesentliche Ausbaumaßnahmen:

- Verwirklichung weiterer Tunnel am Mittleren Ring im Englischen Garten und im Bereich Tegernseer Landstraße sowie einer Verlängerung des Tunnels in der Landshuter Allee.
- Der mehr als überfällige Süd-Ringschluss der A 99 muss endlich in Angriff genommen werden. Dies entlastet die gesamte Stadt München vom Durchgangsverkehr. Die Belastung der hiervon betroffenen Anwohner sollte so gering wie möglich bleiben. Daher bevorzugen wir Tunnellösungen und Einhausungen, die sich gut in das Landschaftsbild einfügen.
- Am Mittleren Ring beim Olympiastadion muss die Spange zwischen dem Georg-Brauchle-Ring und der Landshuter Allee (nach Süden) zweispurig ausgebaut werden. Der Mittlere Ring muss durchgängig zweispurig befahrbar sein.
- Der Föhringer Ring muss vierspurig ausgebaut werden.

Generell fordern wir, dass Ein- und Ausfallstraßen, die vierspurig angelegt sind, in ihrer ganzen Länge vierspurig nutzbar sein müssen; Engpässe müssen beseitigt werden. Auch die Ludwigsbrücke über die Isar beim Isartor ist ein wichtiger Teil des Ausfallstraßennetzes. Die Reduzierung der Fahrspuren auf eine pro Richtung lehnen wir daher strikt ab.

Die zunehmenden „Tempo 30“-Anordnungen auf den Hauptstraßen sieht die AfD sehr kritisch. Stattdessen sollte man die Verkehrssicherheit durch Baumaßnahmen verbessern.

Wir fordern mehr Nachtabstaltungen von Ampeln und die Flexibilisierung der Ampelanlagen bei Neubau, sodass diese sich intelligent an den Verkehr anpassen.

Grüne Welle statt grüner Schikanen: Wo immer möglich, muss der Verkehrsfluss durch Grüne-Welle-Schaltungen verbessert werden. Dort, wo mehr Autofahrer im Stau stehen als Fahrgäste in Tram und Bus sitzen, muss an Kreuzungen mit großen Hauptstraßen die Vorrangschaltung für Tram und Bus reduziert werden.

Die Erreichbarkeit der Einzelhandelsgeschäfte in den Fußgängerzonen für Behinderte, die ein Auto benötigen, ist nicht behindertenfreundlich. Wir fordern eine angemessene Befahrbarkeit für Behinderte auch außerhalb der „Ladezeiten“.

Wir wollen keine Fahrverbote in München. Für den Schutz der Anwohner vor Verkehrsimmissionen wie Lärm, Feinstaub oder Stickoxiden setzt die AfD auf moderne Technik und bessere Verkehrsführung. Die Lärm- und Schadstoffbelastung sinkt ständig durch neue Fahrzeuge, die alte ersetzen. Fahrverbote und Fahrbahnverengungen hingegen erzeugen Umwegverkehr und Staus, wodurch die Umwelt zusätzlich sinnlos belastet wird. Messstellen für die Schadstoffmessungen sind teilweise nicht regelgerecht aufgestellt. Wir fordern eine realistische und für die ganze Stadt repräsentative Messung der Schadstoffe.

Verkehrsplanungen, die nur einen Verlierer kennen, nämlich den Autofahrer, schaffen vielerorts mehr Probleme als sie lösen. Die AfD fordert daher:

- Keine Einschränkung des Individualverkehrs in der Fürstenrieder Straße: Die derzeitigen Planungen zur Tram-Westtangente werden von uns abgelehnt. Wir fordern eine Neuplanung.
- Bushaltestellen dürfen nicht dazu missbraucht werden, mutwillig den Individualverkehr zu behindern. Dazu gehört auch, dass Busbuchten beibehalten bzw. im Einzelfall auch wiederhergestellt werden.
- Fahrradwege sollen nicht auf Kosten des Autoverkehrs ausgebaut werden. Wir

wollen den Stau durch Fahrradspuren auf großen Hauptstraßen nicht verstärken!

- Im Innenstadtbereich dürfen keine weiteren Straßen dem Kfz-Verkehr entzogen werden.

Fahrradverkehr:

Nach dem Vorbild anderer europäischer Städte sollen die Fahrradrouten in München möglichst unabhängig und abseits der vielbefahrenen Straßen errichtet bzw. ausgebaut werden, um die Unfallgefahr für Radfahrer zu verringern.

Radwege entgegen der Einbahnstraßenrichtung sind für alle Verkehrsteilnehmer ein Unfallschwerpunkt und sind daher zu überprüfen, sowohl zum Schutz der Radfahrer vor Kraftfahrzeugen und anderen Radfahrern als auch zum Schutz der Passanten.

Bahn und Bus:

Der Flughafen Franz-Josef-Strauß soll an das ICE-Netz angeschlossen werden, damit der Flughafen endlich eine nutzerfreundliche und zukunftssichere Anbindung hat.

Der Bau der zweiten S-Bahn-Stammstrecke ist zügig und im geplanten Kostenrahmen umzusetzen. Wir sind jedoch der Meinung, dass dieser Neubau alleine die Probleme mit der Stammstrecke nicht grundlegend lösen wird.

Wir fordern daher eine höhere Zuverlässigkeit der S-Bahn durch den Ausbau der Außenäste, weil durch die eingleisige Trassenführung derzeit Verspätungen erzeugt werden.

Generell fordern wir für die Zukunft einen innerstädtischen Ringbahnbetrieb anstelle von Tram-Tangenten.

Wir sprechen uns für die Entlastungsspanne der neuen U9-Trasse aus, damit das Nadelöhr an den U-Bahnhöfen Sendlinger Tor, Marienplatz und Karlsplatz/Stachus entlastet wird.

Es muss ernsthaft geprüft werden, ob ein Weiterbau der U6 von Martinsried (der Ausbau bis dorthin wurde bereits beschlossen!) über Gräfelfing (S-Bahn) nach Freiham eine bessere Verkehrserschließung bringt als eine Verlängerung der U4/U5 von Pasing nach Freiham parallel zur S-Bahn.

Wir sehen die Verlängerung der U4/U5 nach Pasing kritisch, da hierfür im Münchner Stadtgebiet ca. 700 Bäume gefällt werden müssten und dies das Stadtklima beeinträchtigen würde. Zwar kann die U5-Verlängerung nach Pasing die Stammstrecke der S-Bahn entlasten, jedoch ist dann eine engere Taktung der U4/U5 nötig, da die U-Bahntrasse zwischen den Haltestellen Heimeranplatz und Ostbahnhof in den Morgenstunden bereits jetzt überlastet ist.

Die Verlängerung der U5 in die Umlandgemeinden würde die Einfallstraßen spürbar entlasten und wird daher als positiv für den boomenden Osten der Stadt befürwortet. Waldperlach sollte hierbei berücksichtigt werden.

Flugverkehr:

Wir sprechen uns für einen neuen Bürgerentscheid bezüglich des Ausbaus des Münchner Flughafens aus, falls dieses Thema wieder auf die Tagesordnung kommt.

Car-Sharing:

Wir möchten eine Erweiterung des Geschäftsgebiets für alle Car-Sharing-Angebote mindestens bis zu den Stadtgrenzen ohne bürokratische Hindernisse erreichen.

Schallschutz:

Wir sprechen uns insbesondere an den Autobahnen in München für einen wirksamen Schallschutz durch geeignete Baumaßnahmen aus.

E-Scooter:

E-Scooter sind ein zusätzliches Angebot, das jedoch neue Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern auslöst. Die städtische Verkehrspolitik muss entsprechende Regeln aufstellen, damit andere Verkehrsteilnehmer nicht behindert oder gefährdet werden. Geordnete Abstellplätze sind daher unbedingt notwendig.

2.3 Kommunale Versorgung und Entsorgung

Sichere und bezahlbare kommunale Versorgung für München

Die AfD plädiert für eine ausgewogene, sichere und bezahlbare Versorgung mit Gas, Strom, Wasser und Fernwärme – auch für München. Wir fordern ein nachhaltiges, langfristiges und versorgungssicheres Energiekonzept für bezahlbare Energie. Die Bevölkerung soll nicht mit drastisch steigenden Preisen für die konzeptionslose Politik der Bundesregierung büßen müssen.

Niedrigere Kosten für die Bürger statt intransparent verwendeter Gewinne

Das primäre Ziel eines kommunalen Energieerzeugers hat die preiswerte und sichere Versorgung der Bürger mit Energie zu sein und nicht die Gewinnmaximierung. In diesem Sinne ist auch der Gewinnabführungsvertrag der SWM an die Stadt erneut zu überprüfen. Wir regen an, einen Kleinstverbrauchertarif für Bedürftige anzubieten.

Geothermie

Die Nutzung der Geothermie ist zukunftsorientiert, sollte aber stets geologisch beobachtet werden, um bei möglichen geologischen Anomalien und auftretenden Schäden erneut Analysen durchzuführen.

Engagement in Windparks

Das Engagement in Windparks in Norwegen ist im Hinblick auf die Problematik der Netzschwankungen und Auswirkungen von fehlenden Niederschlägen im Windschatten wissenschaftlich zu überprüfen und zu überdenken.

Müllverbrennungsanlage Nord

Die Müllverbrennungsanlage Nord sollte beibehalten werden, da sie eine der modernsten Filteranlagen in Europa besitzt und kaum Luftbelastung verursacht.

Gelbe Säcke und Gelbe Tonnen auch für München

Der Münchner Sonderweg der Plastikmüllsammlung über Container ist gescheitert. Aktuelle Statistiken zeigen, dass die Sammelquote in München besonders gering ist. Die AfD strebt deshalb die Einführung von gelben Säcken oder gelben Tonnen für alle Haushalte an. Container für Glas und Dosen sollen beibehalten werden. Auf den freiwerdenden öffentlichen Sammelplätzen sollen verstärkt Papier-Sammelcontainer angeboten werden.

KAPITEL 3

Wirtschaft in München



3.1 Vorrang für die heimische Wirtschaft

Die AfD steht für soziale Marktwirtschaft und eine unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik. In München ist neben den Großunternehmen besonders der Mittelstand der Motor für unsere wirtschaftliche Entwicklung. Indem wir den Mittelstand unterstützen, erreichen wir auch eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, eine Verknüpfung mit exzellenter Forschung sowie Fachkräftesicherung und Berufsorientierung bereits in den letzten Jahren der Schule.

Wir möchten die ansässigen Unternehmen in München halten und bestmöglich unterstützen, damit sie auch in Zukunft konkurrenzfähig sind. Wirtschaftsförderung und Ansiedlungspolitik dürfen dabei nicht nur die Stadt selbst im Blick haben, sondern müssen auch auf das Umland zielen. Für Neuansiedlungen von Unternehmen muss die Infrastruktur (z.B. Straßen) leistungsfähig genug sein oder ausgebaut werden.

3.2 Deindustrialisierung stoppen

Willkürliche CO₂-Grenzwerte gefährden auch im Großraum München Technologie und Wohlstand. Die jahrzehntelang erfolgreiche Entwicklungsarbeit von 1.100 Unternehmen der bayerischen Automobilindustrie mit fast 200.000 gut bezahlten Beschäftigten, die einen Umsatz von mehr als 100 Milliarden Euro pro Jahr erwirtschaften, wird durch die EU-CO₂-Grenzwerte bedroht, denn der vorgegebene Zeitrahmen ist in der Praxis nicht einhaltbar. Darüber hinaus sind von der Einführung dieser Grenzwerte die Fahrzeugflotten nahezu aller bayerischen Unternehmen betroffen und erfordern den kostenintensiven vorzeitigen Austausch hunderttausender Fahrzeuge.

Der geforderte CO₂-Ausstoß eines Herstellers liegt ab 2020 bei 95g/km, was dem Wert eines Kleinstwagens entspricht. Bayerische Premiumfahrzeuge verteuern sich potenziell um mehrere tausend Euro. Dies stellt nicht nur für die Automobilhersteller selbst, sondern mittelbar auch für alle Zulieferbetriebe einen gewaltigen Wettbewerbsnachteil dar. Dies alles geschieht mit Zustimmung der Staatsregierung aus CSU und Freien Wählern. Die AfD kämpft für die bayerische Automobilindustrie und den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Dabei haben wir in München besonders BMW im Blick.

3.3 Tourismus qualitativ ausbauen

Der Tourismus ist für München mit rund 17 Millionen Übernachtungen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Die Vermarktung dieser Einkaufs- und Erlebnisregion mit historischer Bausubstanz, Kultur und Natur stellt eine große Chance dar, München weiter für einen qualitativvollen Tourismus zu erschließen.

3.4 Attraktivität des Wirtschaftsstandortes erhöhen

Unternehmen in der Metropolregion halten

Bauanträge von Unternehmen sind grundsätzlich zügig und konstruktiv zu prüfen, damit Betriebe nicht abwandern und Arbeitsplätze nicht verloren gehen. Unternehmen müssen bei der Entwicklung hochinnovativer Produkte und Grundlagenforschung unterstützt werden. Insbesondere setzen wir uns für eine moderne Infrastruktur ein, die unseren Wirtschaftsstandort attraktiv erhält.

Die Erreichbarkeit von Geschäften und Betrieben für ihre Kunden muss überall und zeitlich durchgehend gewährleistet sein.

Für den Lieferverkehr müssen legale und flexible Zufahrts- und Haltemöglichkeiten zur Verfügung stehen. Handwerker müssen ihre Kunden mit dem Fahrzeug erreichen können.

Unternehmensgründer unterstützen – Potenziale gewinnen

Mut, Kreativität, Disziplin und fundierte Fachkenntnisse zeichnen erfolgreiche Unternehmensgründungen aus. Gerade durch den Standort, die Anbindung zum Flughafen und zum Fernverkehr ist unsere Region hochattraktiv für Unternehmer. Unsere Hochschulen und Universitäten ziehen viele junge, begabte Menschen in unsere Stadt.

Wir wollen für ansiedlungswillige Unternehmen und Start-ups öffentlich geförderte Büroräume, passende Hallen, Infrastruktur und logistische Unterstützung zur Verfügung stellen. Es muss auch eine entsprechende Breitband-Infrastruktur bereitgestellt werden. Gemeinschaftlich nutzbare Büro- und Gewerberäume möchten wir für Jungunternehmer in attraktiven Lagen einrichten. Handwerksbetrieben sind entsprechende Gewerbeflächen zu tragbaren Preisen anzubieten.

Vergaberecht vereinfachen

Die AfD setzt sich für ein unbürokratisches Vergaberecht ein. Die geltende Praxis hat gezeigt, dass durch komplizierte Vorschriften Unternehmen von der Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen abgehalten werden. Vor allem kleineren und mittleren Unternehmen muss es ermöglicht werden, sich ohne bürokratische Hürden zu bewerben. Die Förderung der heimischen Wirtschaft muss im Mittelpunkt stehen und ist im Interesse aller Bürger.

KAPITEL 4

Kultur in München



München blickt zurück auf eine über 850-jährige Geschichte, die unser Stadtbild, unsere Kultur und unser Zusammenleben nachhaltig geprägt hat. Tradition und Fortschritt schließen sich nicht aus. Die AfD setzt sich dafür ein, dass das Leben in unserer Stadt auch in Zukunft auf dem Fundament traditionell abendländischer und demokratischer Werte gestaltet wird.

4.1 Für eine nachhaltige Kulturpolitik

Weltweit genießt Deutschland den Ruf, das „Land der Dichter und Denker“ zu sein. Um diesem Ruf auch in Zukunft gerecht zu werden, setzt sich die Alternative für Deutschland dafür ein, möglichst breiten Bevölkerungsschichten den Zugang zu kultureller Bildung zu ermöglichen.

Wir fordern deshalb den kostenfreien Zugang zu allen städtischen Museen, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Auszubildende und Studenten über 18 Jahre, sowie Freikartenkontingente für alle städtisch geförderten Theater- und Kulturveranstaltungen.

Auch Rentner und Pensionäre sollen diese Leistungen kostenlos in Anspruch nehmen können.

4.2 Aktive Nachmittagsbetreuung

Unsere Museen sind Besuchermagneten und werden Jahr für Jahr von Millionen Schülern, Studenten und Touristen besucht. Leider befinden sich viele Einrichtungen nicht mehr in bestem Zustand. Die Bausubstanz erodiert teilweise, Schautafeln veralten, Digitalisierung und Visualisierung von Ausstellungsinhalten finden nur unzureichend statt. Die Alternative für Deutschland fordert deshalb, unsere Museen zeitgemäß und attraktiv auch für die junge Generation zu gestalten.

Die Stadt München als Nutznießer einer renommierten Museumslandschaft muss die technische Modernisierung – wie sie zur Zeit im Deutschen Museum geschieht – entschlossen vorantreiben. Um dies zu gewährleisten, sind finanzielle Mittel in erforderlichem Umfang bereitzustellen und entsprechende Förderleistungen auch für Einrichtungen zu eröffnen, die sich nicht in städtischem Eigentum befinden.

4.3 Für eine lebendige Vereinslandschaft

Vereine sind ein wesentlicher Bestandteil der städtischen Kultur. Sie stärken den sozialen Zusammenhalt, fördern die Identifikation mit unserer Heimatstadt München und schaffen darüber hinaus einen wirtschaftlichen Mehrwert.

Es ist daher notwendig, dass den Münchner Vereinen städtische Veranstaltungsräume kostengünstig zur Verfügung stehen. Auch zum Neubau und zur Modernisierung von Sportstätten müssen finanzielle Mittel ausreichend und unbürokratisch bereitgestellt werden.

4.4 Übungsräume und Ateliers für Musiker und Künstler

Nicht nur die großen Museen und Theater sollen gefördert werden, sondern auch die vielen haupt- oder nebenberuflichen Musiker und Künstler, die in München leben. Musiker haben große Probleme, angesichts der hohen Mietkosten bezahlbare Übungsräume zu finden, ebenso wie Künstler, denen kaum noch Werkstätten und Ateliers zur Verfügung stehen. Oft müssen sich diese Kreativen mit Abbruchhäusern zufriedengeben oder sie sind nur Zwischennutzer ausgedienter Gewerbeflächen. Dies ist einer Kunst- und Kulturstadt nicht würdig. Von der Stadtverwaltung sollten nach Bedarf Künstlerhäuser gleichmäßig über München verteilt zur Verfügung gestellt werden.

4.5 Für eine ideologiefreie Kulturförderung

Kunst und Kultur müssen frei von ideologischer Bevormundung sein. Diese freiheitliche Geisteshaltung muss bei der Förderung von Kunst- und Kulturschaffenden seitens der öffentlichen Hand gelten. Den Missbrauch von Steuergeldern für mehr oder weniger offensichtliche politische Indoktrination lehnen wir ab.

Die Stadt München soll in ihrem Handeln strikt politische Neutralität wahren. Dieser Grundsatz wird ständig verletzt. Besonders linksradikale und linksextremistische Gruppen sowie die Verbreitung ihres Gedankenguts wurden und werden mit städtischen Mitteln direkt und indirekt gefördert. Diesen Missstand wollen wir beenden.

Wir fordern deshalb:

- eine Entideologisierung der inhaltlichen Kulturförderungskriterien der Stadt München,

- die Verpflichtung zur Unterzeichnung einer „Demokratieerklärung“ durch alle Fördermittelempfänger, das heißt:
 Städtische Fördermittel dürfen ausschließlich an Organisationen, Institutionen und Vereine vergeben werden, die sich ausdrücklich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Darunter fallen insbesondere Fördermittel, die für Kultur, Forschung, Bildung, Wissenschaft, Integration, Migration, Sport, karitative Zwecke, Festivals, religiöse und soziale Einrichtungen aller Art sowie für das Zusammenleben der Stadtgesellschaft bereitgestellt werden.
- die sofortige Einstellung der Förderung extremistischer „Kulturschaffender“ durch den links-grün dominierten Stadtrat.

4.6 Für ein genderfreies München

Seit Jahren nimmt die Stadt München eine fatale Vorreiterrolle in der Propagierung des „Gender Mainstreaming“ ein. Diverse städtische Quoten- und Förderregelungen legen hiervon Zeugnis ab. Wir fordern, diese freiheitsfeindliche Gängelung sowie jede Indoktrination unserer Bürger, insbesondere auf dem Gebiet der Sprache, zu unterlassen.

Die AfD München schätzt die Schönheit und Treffsicherheit der deutschen Sprache. Diese ist durch das „Gender Mainstreaming“ in Gefahr, in Form und Sinn entstellt zu werden (Beispiel: „Oberbürgermeister*inkandidat*innen“). Da Städte wie Hannover und Augsburg bereits diesbezügliche Richtlinien erlassen haben, steht zu befürchten, dass die Stadt München auf diesen Zug aufspringen wird. Die vermeintlich „geschlechtergerechte“ Sprache erschwert das Textverständnis und den Lesefluss. Sie wird deshalb von der großen Mehrheit der Bevölkerung als Bevormundung abgelehnt. Wir werden uns jeglicher Genderisierung der Sprache im städtischen Schriftverkehr oder im Schulunterricht entschlossen entgegenstellen.

4.7 Für ein München ohne Parallelgesellschaften

Unsere Heimat – unsere Regeln: Getreu diesem Motto fordert die Alternative für Deutschland von Zuwanderern Assimilation, also die kulturelle Angleichung an die aufgeklärte europäische Kultur- und Wertegemeinschaft. Wir unterstützen entsprechende Fördermaßnahmen, soweit diese in einem angemessenen Rahmen erfolgen und nachweislich wirksam sind.

Der Entstehung und Ausweitung von kulturfremden Parallel- und Gegengesellschaften muss strikt entgegengewirkt werden. Stadtviertel dürfen sich nicht in „No-go-Areas“ verwandeln.

4.8 Für den Schutz jüdischer Kultur in München

Beschimpfungen und tätliche Angriffe gegen unsere jüdischen Mitbürger verurteilt die AfD auf das Schärfste und verlangt ihre konsequente strafrechtliche Verfolgung. Zugleich fordert die AfD, jüdische Einrichtungen, insbesondere Synagogen und Gemeindehäuser, vor etwaigen Anschlägen polizeilich zu schützen. Dem jüdischen Beitrag zur europäischen Kultur und für unsere Heimatstadt München bringt die AfD hohe Wertschätzung entgegen.

4.9 Für ein München mit Geschichte

Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur Geschichte unserer Heimat mit all ihren glanzvollen Epochen, aber auch mit ihren verheerenden Abgründen. Gegenwärtig bereitet die Stadt München eine großangelegte Umbenennungsaktion vor, in deren Folge mehrere hundert Straßennamen geändert werden könnten. Auf der „Schwarzen Liste“ befinden sich viele Straßennamen, die einen Bezug auf militärische oder nationale Aspekte der deutschen Geschichte aufweisen. Diese ideologisch motivierten Maßnahmen auf Kosten des Steuerzahlers lehnen wir ab und fordern stattdessen eine differenzierte Auseinandersetzung mit allen Facetten unserer Geschichte.

4.10 Für den Erhalt des traditionellen Stadtbildes

Das Stadtbild der Münchener Innenstadt wird durch zahlreiche kunsthistorisch bedeutsame Bauwerke geprägt, die in Jahrhunderten entstanden sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, der zur Zerstörung von 90 Prozent der Altstadt geführt hat, konnte ein großer Teil dieses Ensembles von unseren Eltern und Großeltern mit großem Fleiß und Einsatz wiederhergestellt werden.

Dieses harmonische Stadtbild muss erhalten bleiben und darf nicht durch unpassende Bauwerke, wie zum Beispiel hypermoderne Glaspaläste, beeinträchtigt werden. Dies betrifft auch Bauwerke wie Minarette, die den Herrschaftsanspruch einer fremden Kultur symbolisieren. Wir lehnen es ab, für derartige Bauten städtische Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Der Bürger hat bei wesentlichen Entscheidungen, wie beispielsweise der Umgestaltung des Hauptbahnhofs, des Gasteigs oder dem vor einigen Jahren geplanten Bau einer Großmoschee zu wenig Mitspracherecht. Die AfD fordert eine stärkere Beteiligung der Bürger an Bauprojekten, die das Stadtbild grundlegend verändern. Die Einbindung soll dabei möglichst frühzeitig, in jedem Fall vor der Genehmigung, erfolgen und auch die Möglichkeit von Bürgerentscheiden über Großprojekte beinhalten.

Die Stadt München ist unsere Heimat. Sie muss ihr traditionelles Stadtbild erhalten und ihre bayerische Lebensart bewahren können!

KAPITEL 5

Leben in München



Unsere Gesellschaft ist auf die Familie als ihre Keimzelle angewiesen. Von ihr werden die nächsten Generationen geprägt, Traditionen weitergegeben und der Grundstein für den sozialen Zusammenhalt gelegt. Daher verdient die Familie besondere Wertschätzung und Unterstützung der Gesellschaft.

5.1 Familie und Soziales

Frühkindliche Betreuung familiennah und kostengünstig anbieten

Die Anzahl wohnortnaher Kindergartenplätze, die der Vielfalt der Arbeitszeitmodelle berufstätiger Eltern gerecht werden, muss erhöht werden.

Auch die Förderung neuer Kinderbetreuungskonzepte, z.B. als Wald- bzw. Naturkindergärten oder auf Bauernhöfen ist zu verstärken. Die bürokratischen Hürden dafür sind auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Qualität in Kindertagesstätten verbessern

Die leistungsgerechte Bezahlung und Förderung des Personals von Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft ist zu gewährleisten. Wir wollen in Kitas das Erlernen der deutschen Sprache für alle Kinder sicherstellen, die auf Dauer hier leben werden. Daher soll in Kindertagesstätten die deutsche Sprache verbindlich sein.

Unterstützung der Tagesmutterbetreuung statt bedingungsloser Kita-Ausbau

Die flächendeckende staatliche Betreuung kleiner Kinder durch Kindertagesstätten ist weder personell möglich noch wünschenswert. Wir wollen die Idee der freien spielerischen Entfaltung der Kinder in einem überschaubaren, familiären Rahmen stärken und gegen bloße Verwahrungskonzepte abgrenzen. Daher sollte die Betreuung durch Tagesmütter auf kommunaler Ebene gefördert werden.

Mehr Spiel- und Freiflächen für Kinder

Kinder brauchen wohnortnahe Spielflächen, auf denen sie sich austoben und anderen Kindern begegnen können. Hier ist für eine Vielfalt an Spielgeräten und -materialien sowie für deren Instandhaltung zu sorgen.

Schulkinder in Bildung und Freizeit fördern

Oberstes Ziel der AfD ist es, die junge Generation in einer immer komplexeren Welt zu selbstbestimmtem Denken und Handeln zu ermutigen. Ihr soll nicht nur das theoretische Rüstzeug für Ausbildung und Studium mitgegeben, sondern zugleich lebenspraktisches und alltagsrelevantes Wissen vermittelt werden.

Informationskompetenz fördern

Der Umgang mit der Informationsfülle und -vielfalt, wie sie Kinder und Jugendliche bereits durch das Internet und soziale Medien im Alltag erleben, muss intensiv eingeübt und reflektiert werden. Da dies noch nicht ausreichend geschieht, sind in Münchner Schulen zusätzliche Angebote zu schaffen.

Schulische Infrastruktur erhalten und ausbauen

Viele Schulgebäude befinden sich in sanierungsbedürftigem Zustand. Mit dem „Aktionsprogramm Schul- und Kita-Bau 2020“ wird recht spät auf den zu lange bestehenden Investitionsstau bei der schulischen Infrastruktur reagiert. Das Aktionsprogramm ist endlich zügig umzusetzen und nach Bedarf zu erweitern.

Meinungsvielfalt an Schulen

Politische Meinungen sollen ohne einseitige Einflussnahme kontrovers und offen diskutiert werden. Grundlage für die politische Bildung bleibt der „Beutelsbacher Konsens“, der die Grenze zwischen politischer Bildung und Indoktrination festlegt. Für die Umsetzung ist die kommunale Schulaufsicht verantwortlich.

Die AfD stellt sich gegen jegliche sexuelle Indoktrination in unseren Schulen. Zuschüsse für entsprechende Programme sind zu streichen.

Erziehung zur Eigenverantwortung bei Heimatkunde und Naturschutz

Die Zusammenarbeit von Schulen mit regionalen Naturverbänden, Obst- und Gartenbauvereinen sowie mit Förstern, Jägern und Imkern muss unterstützt werden, damit die Schüler Flora und Fauna auf Projekttagen in der Natur kennenlernen können.

Im Rahmen der Heimatkunde soll kulturelle Bildung und Geschichte vor Ort vermittelt werden, um das Verantwortungsbewusstsein für die Heimat zu stärken.

Nachbarschaftshilfe fördern

Die AfD fordert, Räume für zwischenmenschliche Begegnungen und für ein Lernen über Generationengrenzen hinweg zu schaffen. Über Mentoring-Programme für Schüler können lebenserfahrene und in ihrem Wissensbereich kompetente Menschen praxisnahes Wissen vermitteln. Die persönliche Begegnung trägt mit gezielten, handlungsorientierten Anregungen zur individuellen Entwicklung der Schüler bei.

Gesundheit fördern

Regelmäßige sportliche Betätigung ist grundlegender Bestandteil der Gesunderhaltung. Sie fördert die körperliche Leistung, baut Stress ab und erhält die geistigen Fähigkeiten in jedem Alter.

Kinder brauchen Bewegung...

um Belastbarkeit, motorische Fähigkeiten und geistige Entwicklung zu fördern. Auch das soziale Miteinander wird durch gruppenbezogene Sportarten geschult. Vereine leisten hier wichtige Arbeit und sollten darin unter Abbau bürokratischer Hürden unterstützt werden. Außerdem sollen vermehrt öffentliche Plätze für sportliche Aktivitäten bereitgestellt werden. Die „Münchner Spielnachmittage“

sind vorbildlich und müssen erhalten und ausgeweitet werden. Ehrenamtliche Freizeitkoordinatoren können die Schüler über Angebote der Vereine oder Freizeitangebote der Schulen informieren.

...Erwachsene, insbesondere Senioren, aber auch!

Für Erwachsene sollten wohnortnahe sportliche Gruppenangebote in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Es sollen zusätzliche Trimm-dich-Pfade eingerichtet und bestehende ausgebaut werden.

Ernährung als Grundlage für ein gesundes Leben

Kein Kind darf ohne Frühstück in den Tag starten. Daher fordert die Alternative für Deutschland kostenloses Frühstück, idealerweise auch Mittagessen, in den Schulen. Dabei sollten hohe Qualitätsstandards gelten und Gütesiegel berücksichtigt werden, zum Beispiel das Tierwohlsiegel.

Kinder sollten auch den richtigen Umgang mit Lebensmitteln erlernen. Daher müssten Ernährungslehre und auch Kochkurse in den Schulen angeboten werden. Gemeinsames Kochen nach der Schule wäre eine Möglichkeit. All dies könnte durch ehrenamtliche Helfer unterstützt werden.

In öffentlichen Einrichtungen, in denen ein Halal-Angebot eingefordert wird, soll dies alternativ durch ein vegetarisches Angebot abgedeckt werden. Schweinefleisch soll auf dem Speiseplan bleiben.

Stark gezuckerte Getränke dürfen als ungesunde Lebensmittel in Schulen und Kindertagesstätten nicht mehr verteilt oder verkauft werden. Weiterhin fordert die AfD in allen öffentlichen Gebäuden die Bereitstellung von kostenlosem Trinkwasser, z.B. durch Wasserspender.

5.2 Gesundheitsversorgung ausbauen

Eine qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung gehört zu den Grundbedürfnissen der Bürger und hat daher höchste Priorität. Sie darf nicht ausschließlich gewinnorientiert erfolgen.

Gleiches gilt für die Versorgung in Alten- und Pflegeheimen. Gegen Ende ihres Lebens haben alle Menschen ein Recht darauf, würdig und liebevoll behandelt zu werden. Der akute Personalmangel im Pflegebereich muss mit höchster Priorität beseitigt werden.

Wohnortnahe und verbesserte gesundheitliche Grundversorgung

In Stadtteilen mit unzureichender ambulanter kassenärztlicher Versorgung muss die Niederlassung von Ärzten oder die Einrichtung von Medizinischen Versorgungszentren gefördert werden.

Hebammen sind finanziell zu unterstützen, insbesondere aufgrund der extrem teuren Haftpflichtversicherung.

Stationäre Versorgung

An vielen Kliniken sind die Grundvoraussetzungen für eine adäquate stationäre Versorgung nicht gegeben. Die AfD fordert hier mehr Transparenz. Kennzahlen für Patientenzufriedenheit, Komplikationen, Infektionsraten oder Personalschlüssel müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Hygienestandards sind unbedingt einzuhalten und gegebenenfalls zu verbessern, um die Verbreitung von Krankenhauskeimen zu verhindern. Das Wohl der Patienten muss Vorrang vor wirtschaftlichen Erwägungen haben.

Notfallversorgung

Der Zugang zu Notfallambulanzen muss gewährleistet bleiben. Daher dürfen in diesem Bereich keine Schließungen vorgenommen werden. Die Rettungsdienstzeiten sind zu optimieren.

5.3 Wohnen und Nachbarschaft

Leerstehende Asylunterkünfte nutzen

Die Kommunen haben auf Kosten des Steuerzahlers Unterkünfte (Wohnungen oder Zimmer) für die Unterbringung von Migranten angemietet bzw. kommunale Unterkünfte zur Verfügung gestellt. Viele dieser Unterkünfte stehen jetzt leer. Die AfD fordert, diese für Studenten oder einheimische Obdachlose zur Verfügung zu stellen.

Bevorzugte Vergabe von Wohnungen nach sozialen Kriterien

Wir erwarten eine bevorzugte Vergabe von leerstehenden oder freiwerdenden Wohneinheiten unter kommunaler Verwaltung an bedürftige einheimische Familien, Alleinerziehende und Behinderte. Es sollte ein Punktesystem für die Vergabe eingeführt werden, das die Dauer des bisherigen Aufenthalts in München, die Kindererziehungszeiten und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungszeiten berücksichtigt. Auch vollzeitbeschäftigte Geringverdiener sollen Unterstützung erhalten.

Keine Benachteiligung von Einheimischen bei der Vergabe von Wohnungen

Wir fordern eine Überprüfung der im Programm „Wohnen für alle“ enthaltenen Zusagen, zum Beispiel der Belegung des neugeschaffenen Wohnraums nur zu 50 Prozent durch deutsche Staatsbürger.

Ein größerer Prozentsatz aller zukünftig neu entstehenden oder freiwerdenden Sozialwohnungen soll an deutsche und/oder EU-Staatsbürger vergeben werden, die einen seit mindestens einem Jahr bestehenden Anspruch auf eine Sozialwohnung nachweisen können. Die Wohnungsvergabe soll abhängig von der Dauer des Anspruchs und des bisherigen Aufenthalts in München erfolgen, um besonders alteingesessene Münchner zu unterstützen. Dabei sollen Jahre, in denen steuerpflichtiges Einkommen erwirtschaftet wurde, besonders gewichtet werden.

Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen

Um es behinderten Menschen zu ermöglichen, ihr Leben aktiv und selbstbestimmt zu gestalten, ist beim ÖPNV und in öffentlichen Gebäuden flächendeckend ein barrierefreier Zugang zu gewährleisten. Digitale Barrierefreiheit ist als weiterer Bereich durch entsprechende Maßnahmen herzustellen.

Miteinander statt nebeneinander leben

Selbstverwaltete Wohnertreffs, die von allen Altersgruppen gemeinsam genutzt werden können, sind zu fördern, insbesondere durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten.

Grundsätzlich sind Maßnahmen zu ergreifen, die auf bessere Nachbarschaft abzielen, um der Vereinsamung vorzubeugen.

5.4 Senioren und Behinderte

Eine alternde Gesellschaft erfordert besondere Anstrengung vonseiten der Kommune, um hilfsbedürftigen Senioren die notwendige Unterstützung zu bieten. Ihnen sollte geholfen werden, so lange wie möglich selbstständig zu bleiben. Daher sind Seniorenwohngemeinschaften und betreutes Wohnen zu fördern. Dies ist bei der Vergabe kommunaler Wohnungen oder kommunaler Bauprojekte zu berücksichtigen. Alternativ ist die häusliche Pflege durch Angehörige persönlich und finanziell zu unterstützen.

Misstände in Pflegeheimen müssen beseitigt werden. Insbesondere ist der Pflegegeschlüssel zu verbessern, um eine menschenwürdige und liebevolle Versorgung zu gewährleisten. Weiterhin soll das Angebot an palliativmedizinischen Stationen und mobiler Palliativversorgung gefördert werden.

Die schon für Menschen mit Behinderung geforderte Barrierefreiheit ist auch für

ältere Menschen wichtig. Wohnungsbauplanung und Stadtentwicklung sind darauf auszurichten.

Um die Stadt alten- und behindertengerecht zu gestalten, ist ein Zukunftsplan zu erstellen, damit notwendige Maßnahmen rechtzeitig in Angriff genommen werden.

KAPITEL 6

Zukunftsfähiges München



6.1 Demokratie und Freiheit

Die Münchner AfD strebt eine grundlegende Demokratisierung der Münchner Stadtgesellschaft an. Dazu gehören für uns:

- mehr Bürgerbeteiligung,
- die Gewährleistung der vollen Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der Praxis,
- die Beendigung einseitiger Meinungsmanipulation durch staatliche oder städtische Stellen, insbesondere in städtischen Einrichtungen und Schulen.

Mitreden leichter machen

- Grundlegende politische Entscheidungen, die das Leben in der Stadt auf viele Jahre prägen, können oft nicht oder nur mit großem Aufwand und zu hohen Kosten rückgängig gemacht werden, wenn sie sich später als untauglich erweisen. Deshalb fordert die AfD, die Bürger in solchen Fällen von Anfang an direkt durch Bürgerentscheide zu beteiligen, beispielsweise durch Ratsbegehren des Stadtrates.
- Der Ablauf von Bürgerversammlungen in den Stadtbezirken muss flexibler, rationeller und transparenter werden. Viele Informationen sind bereits vorab über das Internet und durch Aushänge zu vermitteln. Es sollte geprüft werden, ob Diskussionen schon im Vorfeld über elektronische Medien geführt werden können.
- Zu wichtigen Stadtteilthemen sollen neutral moderierte Informations- und Diskussionsveranstaltungen stattfinden.
- Wenn Planungen in bestimmten Stadtvierteln (z.B. in der Infrastruktur) auch benachbarte Stadtviertel oder Umlandgemeinden betreffen, sollen diese Planungen gemeinsam diskutiert werden.
- Wir wollen Jugendlichen durch spezielle Angebote die kritische Mitsprache bei kommunalen Themen durch passende elektronische Medien erleichtern und dies besonders unterstützen.

Uneingeschränkte Meinungs- und Versammlungsfreiheit gemäß Grundgesetz

Die besten politischen Entscheidungen werden getroffen, wenn im Vorfeld die Meinung aller Bürger einbezogen wird und ein offener Wettbewerb um die besten Ideen herrscht. In der politischen Praxis müssen es sich jedoch viele Bürger genau überlegen, ob sie ihre Meinung zu bestimmten Themen überhaupt äußern können, da sie Druck oder Nachteile befürchten müssen.

Im Sinne einer echten Demokratie und einer freien politischen Meinungsbildung wollen wir diese Entwicklung stoppen und Denk- und Sprechverbote abschaffen. Deshalb fordern wir zur Bewahrung der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit:

- Freiräume für die demokratische Kultur sind in allen Stadtvierteln, z.B. in Bürgerhäusern und den anderen städtischen Einrichtungen, zu schaffen. Der Zugang für alle Bürger, Vereine und Parteien ist zu gewährleisten.
- Förderung der Demokratie im Sinne von Toleranz und Respekt für andere Ansichten: Lernen, mit Meinungsvielfalt umzugehen!
- politische Diskriminierung aufgrund abweichender Ansichten, welche die gesetzlichen Grenzen nicht verletzen, zu beenden.
- städtische Stellen sollen zu Demokratie und Meinungsfreiheit verpflichtet werden. Die dem Oberbürgermeister unterstellte Fachstelle muss zu einer Fachstelle für Demokratie und Meinungsfreiheit umgestaltet werden!
- die Durchsetzung dieser Demokratie- und Toleranzregeln in allen Vereinen und Organisationen, die mit städtischem Geld oder durch die Bereitstellung städtischer oder anderer öffentlicher Ressourcen gefördert werden.
- Vereine, die mit Steuergeldern finanziert werden, haben eine Erklärung abzugeben, dass sie die vom Grundgesetz garantierte freiheitlich-demokratische Grundordnung anerkennen. Linksextremen Vereinen wie z.B. a.i.d.a. oder dem „Kafe Marat“ muss die direkte und indirekte Förderung komplett gestrichen werden. Das gilt besonders für die Personalkosten solcher Vereine.

6.2 Digitalisierung ausbauen

Die Digitalisierung wollen wir in München so vorantreiben, dass sie zuallererst den Bürgern zugutekommt. Das bedeutet: schnelles Internet für alle, ein Ende der Funklöcher in der Stadt und eine Digitalisierungsoffensive für städtische Dienstleistungen. Eine mögliche gesundheitliche Beeinträchtigung durch Strahlungsquellen ist zu beachten.

Städtische Stellen und deren Dienstleistungen müssen weiterhin für alle Bürger zugänglich bleiben, die das Internet nicht benutzen.

Infrastruktur verbessern

Die Münchner AfD fordert im Einzelnen:

- für jedes Haus einen Glasfaseranschluss bereitzustellen. Die Stadt soll alle Möglichkeiten nutzen, die Verlegung von Glasfaserkabeln zu beschleunigen. Planungen dafür sind vorausschauend und transparent zu machen. Künftige Anschlüsse sind langfristig vorzubereiten.

- Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass dem Bürger günstige Internet-Einstiegs-tarife angeboten werden.
- Mit Priorität müssen öffentliche Einrichtungen sowie Unternehmen Glasfaser-anschlüsse erhalten. Auch Schulen und Seniorenheime sollen entsprechend ausgestattet werden.
- Münchens Handy-Funklöcher müssen weg! Zusammen mit den Bürgern soll die Stadt Funklöcher ermitteln und sie in Zusammenarbeit mit den Mobilfunkunter-nehmen, auch in Straßen-, U- und S-Bahn-Tunneln, schließen.

Dienstleistungen optimieren

München soll zur Spitzengruppe der Kommunen in Deutschland beim Ausbau digitaler Dienstleistungen für die Bürger (E-Government) gehören. Die Digitalisie-rung muss dazu genutzt werden, städtische Dienstleistungen schnell und bürger-freundlich zu erbringen. Die Teilhabe an der Gesellschaft soll auch für die ältere Generation und für Menschen mit Behinderungen erleichtert werden.

- Lösungen hierfür sollen möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Kommunen erreicht werden, um Kosten zu senken und die Vorhaben erheblich schneller umzusetzen.
- Die Betroffenen müssen bei Planung und Umsetzung von Informationstechno-logie (IT)-Projekten unbedingt berücksichtigt werden. Abläufe sollen durch die IT einfacher und nicht komplizierter werden!
- Open Source Software soll bevorzugt als Basis dienen, wenn sie für den jewei-ligen Einsatzzweck im Vergleich zu kommerzieller Software mindestens gleich-wertig ist. Riskante IT-Vorhaben dürfen nicht zu Lasten der Bürger und der Beschäftigten umgesetzt werden.
- Elektronische Terminreservierungen sollen bei allen städtischen Stellen kurz-fristig möglich sein. Monatelange Wartezeiten, wie z.B. bei der Führerschein-stelle, müssen umgehend abgebaut werden.
- Auf Datenschutz legen wir großen Wert. Dokumente, aber auch die in Schulen vorhandenen Daten, sollen auf städtischen Rechnern oder bei Cloud-Lösungen in Deutschland gespeichert werden.
- Digitale Abläufe in der städtischen Verwaltung sind unter strenger Wahrung des Datenschutzes für die Öffentlichkeit transparent zu gestalten.

Digitalisierung für Demokratie und Bürgerrechte

Das Internet bietet die einmalige Chance, Information und Beteiligung der Bürger entscheidend zu verbessern. München muss diese Chance unbedingt nutzen!

- Die von der AfD immer wieder geforderte Transparenz kann nur auf digitalem Weg verwirklicht werden.
- Keine Weitergabe von Daten zu Werbezwecken durch die Gemeinde! Die AfD möchte das Opt-out-Verfahren bei der freiwilligen Weitergabe von Bürgerda-

ten in München sofort durch das Opt-in-Verfahren ersetzen. Für die Weitergabe von Daten ist die ausdrückliche Erlaubnis der betroffenen Bürger erforderlich! In einer digitalisierten Verwaltung sollen Bürger die Erlaubnis zur Weitergabe ihrer Daten einfach erteilen oder widerrufen können. Wir wollen prüfen, wie die Bürger als Dateneigentümer für die Nutzung ihrer Daten finanziell entschädigt werden können.

- Informationen und Anträge zu Bürgerversammlungen in den Stadtbezirken sollen schon vorab im Internet veröffentlicht werden, damit die Abläufe in den Bürgerversammlungen gestrafft werden und eine Erörterung unter den Teilnehmern in der Form möglich wird, wie es die Bayerische Gemeindeordnung vorsieht (vgl. Art. 18 BayGO).

7.1 Städtische Finanzen transparent machen

Die Münchner AfD fordert einen nachhaltigen und transparenten kommunalen Haushalt.

Nachhaltigkeit bedeutet im Finanzbereich, keine Schulden aufzutürmen, die von kommenden Generationen abgetragen werden müssen. Die Stadt soll ihre Dienstleistungen so kostengünstig wie möglich anbieten und die Bürger entlasten, da die Lebenshaltungskosten jetzt schon so hoch sind wie sonst nirgendwo in Deutschland. Kostensenkung ist deshalb eine grundsätzlich dringliche Aufgabe. Nur finanzielle Freiheit ermöglicht eine freie Gesellschaft!

Die Landeshauptstadt erhält jährlich Anteile an der Einkommens- und Umsatzsteuer sowie Gewerbesteuer, Grundsteuer, Zweitwohnungs- und Hundesteuer wie auch weitere staatliche Zuweisungen in Höhe von circa fünf Milliarden Euro.

Die Gewerbesteuer betrug 2017 knapp 2,4 Milliarden Euro, knapp 1,2 Milliarden Euro entfielen auf die Einkommenssteuer.

- Angesichts dieser beachtlichen Summen muss es eine Daueraufgabe sein, Steuerverschwendung aufzudecken und zu bekämpfen. Eine regelmäßige Überprüfung der Ausgaben kann zu Spielräumen führen, um Gebühren und Steuern zu senken.
- Städtische Unternehmen sollen profitneutral operieren und den Bürgern nur die tatsächlichen Kosten einer Leistung in Rechnung stellen. Gewinnmaximierung kann nicht das Ziel sein!
- Die Grundsteuerreform soll die Stadt nicht dazu nutzen, ihre Einnahmen zu erhöhen, denn am Schluss zahlen die Mieter dieses Geld über die Nebenkosten.

tenabrechnung! Vielmehr müssen die Hebesätze, die zu ansteigenden Grundsteuern in München führen, entsprechend verringert werden.

Aus den städtischen Haushaltszahlen ergibt sich, dass 2017 1,1 Milliarden Euro als Einlagen bei Banken vorhanden waren. Es muss gefragt werden, warum damit nicht offene Verbindlichkeiten getilgt wurden. Negativzinsen für Einlagen sowie Schuldzinsen müssen so weit wie möglich vermieden werden!

Im städtischen Ausgabenbereich muss auf eine dem Bürger verständliche Art, über den Haushaltsplan hinausgehend, öffentlich Transparenz hergestellt werden. Insbesondere ist offenzulegen:

- welche Mittel durch den Verkauf städtischer Grundstücke im Rahmen städtebaulicher Entwicklungsmaßnahmen (SEM) erwirtschaftet wurden und wie diese Mittel für öffentliche Zwecke eingesetzt wurden,
- welche Mittel für die Unterbringung von Asylbewerbern und Migranten in Unterkünften, auch durch Übernahme von Mieten inklusive Nebenkosten, insgesamt und pro Person jährlich aufgewendet werden,
- welche Vereine in welcher Höhe und zu welchem Zweck mit städtischem Geld gefördert werden, wem die Mittel der städtischen Kunst- und Kulturförderung zugutekommen,
- wofür die Bezirksausschüsse ihre Stadtbezirksbudgets verwenden,
- welche Aktivitäten außerhalb Münchens mit Hilfe städtischer Gelder gefördert werden, einschließlich der Ausgaben im Rahmen der Münchner Städtepartnerschaften.

KAPITEL 7

Naturverbundenes München



7.1 Umwelt lebenswert gestalten

Dachbegrünung und Fassadenbegrünung haben eine Reihe von Vorteilen. Sie fördern die Artenvielfalt besonders bei Insekten und verbessern das Stadtklima. Die Pflanzen nehmen das Regenwasser auf, speichern es und tragen außerdem zur Verringerung der Schadstoffbelastung bei. Ein begrüntes Umfeld dient dem Menschen beim Stressabbau. Dachgärten eröffnen in der dicht bebauten Stadt neue Räume und unterstützen das Miteinander der Hausbewohner.

Unser Ziel ist es, möglichst viele Dächer in München in Dachgärten oder Gründächer umzuwandeln. Die notwendigen Eignungsprüfungen durch Sachverständige wollen wir als Anreiz für die Hauseigentümer großzügig fördern. Auch moderne Fassaden sollen nach Möglichkeit begrünt werden.

Begrünungskonzepte sollen auch bei der Planung öffentlicher Gebäude und städtischer Infrastruktur berücksichtigt werden.

7.2 Tierschutz und Haustierhaltung

Haustiere sind für viele Menschen eine Bereicherung des Familienlebens und können über Sorgen und Einsamkeit hinweghelfen. Dies gilt insbesondere für ältere und hilfsbedürftige Bürger, vor allem wenn Familienangehörige fehlen. Auch in Seniorenheimen und Therapieeinrichtungen soll in geeigneten Fällen die Haltung von Tieren ermöglicht werden. Dafür könnten Alten- und Service-Zentren Tiere aus den Tierheimen übernehmen. Senioren freuen sich oftmals über den Kontakt mit Haustieren, da sie sie selbst nicht mehr halten können.

Tierhalter brauchen für eine fürsorgliche und verantwortungsbewusste Tierhaltung ein Mindestmaß an Wissen. Wir wollen es allen Tierhaltern erleichtern, dieses Wissen zu erwerben. Dafür wollen wir erreichen, dass die Volkshochschulen in München und im Umland entsprechende Kurse anbieten.

Die Hundesteuer soll sozial gerechter und an den Bedürfnissen des Tier- und Artenschutzes ausgerichtet werden. Die Einnahmen aus der Hundesteuer sollen verstärkt für Tierwohl und Tierschutz eingesetzt werden. Die Stadt München sollte dazu auch die unverwechselbare Kennzeichnung (Chip) von Hunden und Katzen finanziell fördern.

7.3 Müllvermeidung forcieren

190.000 Pappbecher vermüllen täglich unsere Stadt (Statistisches Jahrbuch 2018). Hinzu kommen Pizzakartons und andere Verpackungen, von denen viele im öffentlichen Raum weggeworfen werden. Weder für Anwohner noch für Touristen ist der Anblick von vermüllten Orten attraktiv. Die AfD setzt sich daher für mehr Entsorgungsmöglichkeiten und entsprechende Hinweisschilder ein, damit Passanten keinen Müll wild entsorgen. Die Ausgabe von Pappbechern sollte überprüft und möglichst eingestellt werden.

7.4 Regionale Förderung der Landwirtschaft

In öffentlichen Einrichtungen sollen verstärkt Lebensmittel aus der Region um München und aus tiergerechter Haltung angeboten werden. Dazu gehören Kindergärten, Schulen, Universitätsmensen und alle sonstigen Kantinen. Das regionale Angebot auf den Münchner Wochenmärkten muss erhalten bleiben und sollte erweitert werden.

Notizen

A large grid of small dots for taking notes, arranged in approximately 25 columns and 35 rows.

Notizen

A large grid of small dots for taking notes, consisting of 20 columns and 30 rows of dots.

Die AfD braucht Sie mehr als Sie denken!

Sie wollen unsere aktuelle politische Arbeit und zukünftige Wahlkämpfe finanziell unterstützen und dazu beitragen, dass wir weiterhin erfolgreich für Ihre Interessen eintreten können? Hier finden Sie die notwendigen Informationen darüber, wie Sie für die AfD **spenden** und zugleich Steuern sparen können (**afdbayern.de/spenden**). Denn der Gesetzgeber begünstigt Spenden für politische Parteien.
Jede Spende hilft!

**Spendenkonto: AfD Bezirksverband Oberbayern
Commerzbank München
IBAN: DE04 7004 0041 0214 2966 00
Betreff: „Spende AfD München“**

Sie wollen uns nicht nur wählen, sondern auch bei uns **mitmachen**? Darüber freuen wir uns ganz besonders. Schon mehr als 5000 Bürger sind in der AfD Bayern aktiv. In den Kreis- und Landesverbänden sowie auf Bundesebene treffen wir uns regelmäßig, um über politische Themen zu diskutieren, gemeinsam Beschlüsse zu fassen und bei den Bürgern für die AfD zu werben. Jede Stimme für die AfD ist gut, aber Politik ist mehr als die Wahl der richtigen Partei. Werden Sie **Mitglied** in der AfD. Wir laden Sie gerne zu einem Kennenlertreffen ein, bei dem wir mehr von Ihnen und Sie mehr von der AfD erfahren können.



www.afdmuenchen.de



/ afdmuc

Die Chance für München

Am 15. März
AfD wählen!



AfD
München

